



Presseinformation

Nr. 107/2003

Kiel, Freitag, 4. April 2003

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Kultur & Wirtschaft/Kulturwirtschaftsbericht

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

Ekkehard Klug: Kultur ist *auch* ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges!

In der Landtagsdebatte zu **TOP 21** (Kulturwirtschaft) erklärte der kulturpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Der vorliegende Antrag lenkt den Blick auf einen oft vernachlässigten Aspekt der Kultur- und der Wirtschaftspolitik: Kultur ist auch ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges!

Diese Aussage lässt sich auf mehreren Ebenen untermauern:

1. auf der Ebene der Standortqualität;
2. auf der Ebene der Kulturwirtschaft - mit diesem Thema beschäftigt sich der Berichtsantrag der Unionsfraktion - ;
und
3. durch den Hinweis, dass Kunst und Kultur Kreativität und Inspiration freisetzen, wodurch auch die Wirtschaft viele Anregungen erhält.

Bevor ich auf das eigentliche Thema, die Kulturwirtschaft eingehe, möchte ich deshalb kurz zitieren, was Arend Oetker, der Vorsitzende des Kulturkreises der Deutschen Wirtschaft im BDI, vor einiger Zeit in diesem übergreifenden Sinne über die Bedeutung der Kultur gesagt hat:

„Sie ist Nährboden und Ausdrucksform zugleich für Verständigungen untereinander, für Weltdeutungen und Zukunftsvisionen – eben auch in der Welt der Wirtschaft. Sie birgt das Potenzial, um überhaupt Vergleichsmaßstäbe herzustellen, um Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kunst zu gestalten und schließlich, um Werte zu setzen, die Maßstäbe und Orientierung unserer individuellen und gesellschaftlichen Lebensplanung sind“. (aus: Forschung & Lehre 12/1998, S. 622).

Welches Potenzial die Kulturwirtschaft im engeren Sinne hat, wird aus folgenden Zahlen deutlich: Der Beitrag des Kultursektors zur Bruttowertschöpfung betrug in Deutschland 1999 mehr als 32 Milliarden Euro. Das entspricht nahezu dem Beitrag der Energieversorgung und übersteigt jenen der Land- und Forstwirtschaft um gut 8 Milliarden Euro. In

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: presse@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

www.fdp-sh.de

der zweiten Hälfte der 90er Jahre lag das Wachstum des Kultursektors mit 19% mehr als doppelt so hoch wie der durchschnittliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Noch deutlicher wird dies bei der Zahl der Beschäftigten: Sie stieg im Kultursektor (einschließlich des Verlagsgewerbes) von 1995 bis 2000 um 21%, nämlich von 531.000 auf 642.000, während in der Gesamtwirtschaft die Beschäftigung in diesem Zeitraum nur um 1,5% gestiegen ist.

Diese Zahlen unterstreichen eindrucksvoll, dass es hier nicht um die vielzitierten „Peanuts“ geht, sondern um einen großen wirtschaftlichen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes, einen Beitrag, dessen Bedeutung stetig wächst. International gilt dies ebenso. Die amerikanische Unterhaltungsindustrie - Stichwort: Hollywood - zählt bekanntlich zu den wichtigsten Exportbranchen der USA.

Es ist ein verdienstvoller Ansatz, die Bedeutung, die der Kulturwirtschaft auch in unserem kleinen Land zukommt, in das Blickfeld der Landespolitik zu rücken. In der Vergangenheit ist dieses Thema oft nur am Rande gestreift worden, etwa im Bericht über die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Museen vom September 2001. Die dort genannte Zahl von jährlich rund 3 Millionen Museumsbesuchern spricht ja für sich - und sei allen „Haushältern“ ins Stammbuch geschrieben, die vielleicht meinen, Kulturförderung könne man bedenkenlos zusammenstreichen!

Die Abgabe eines Kulturwirtschaftsberichts, wie von der Union gefordert, erscheint uns Liberalen vor diesem Hintergrund zweckmäßig und hilfreich. Gewisse Bedenken könnte allerdings der schier grenzenlose Statistikhunger hervorrufen, der die CDU und insbesondere die geschätzte Schleswiger Abgeordnete Caroline Schwarz zu plagen scheint. Ich weiß nicht, ob die abgefragten Daten überhaupt alle verfügbar sind. Angesichts verbreiteter Klagen – gerade auch aus den Reihen der Wirtschaft - über kostspielige Statistik-Anforderungen möchte ich deshalb einen Vorschlag zur Güte unterbreiten:

Könnte man nicht einvernehmlich auf der ersten Seite des Antrages in der letzten Zeile wenigstens die beiden Worte „nach Möglichkeit“ einfügen?

Danach würde die Landesregierung dann auf Seite 1 unten aufgefordert, einen Kulturwirtschaftsbericht abzugeben, „in dem nach Möglichkeit folgende Fragen beantwortet werden:“ - worauf dann der Fragenkatalog folgte.“